

3/2018

KLIMAGIPFEL COP 24
IN POLEN

Interview: „Das ist nicht der Moment für Selbstgefälligkeit.“ Seite 4

Kommentar: Das Großexperiment hat begonnen. Seite 5

People's Climate Case: Das Recht auf Klimaschutz. Seite 7



COP24·KATOWICE 2018
UNITED NATIONS CLIMATE CHANGE CONFERENCE

EDITORIAL



Sven Harmeling

Mitglied des Vorstandes
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

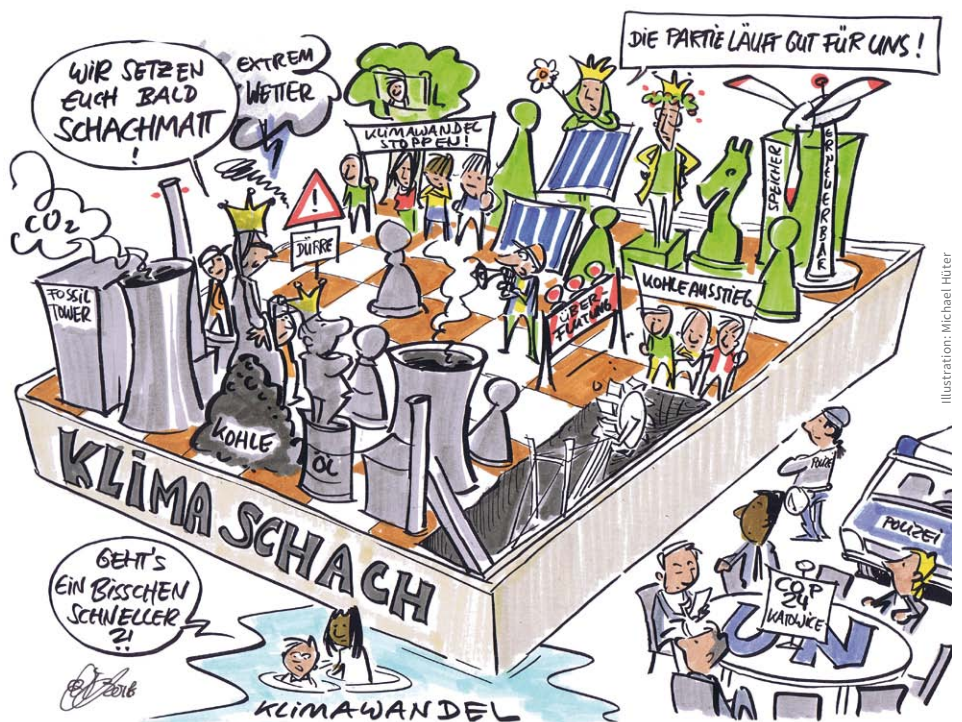
die polnische Regierung porträtiert Katowice, den Austragungsort des Klimagipfels COP 24, als ein Beispiel des Wandels: weg von einer Schwerindustrie- und Kohleregion hin zu einem internationalen Kulturzentrum mit Nachhaltigkeitsanspruch.

Die COP 24 wird diesem Anspruch nur gerecht, wenn sie den Weg für die notwendige Transformation – gerade auch den Abschied von der Kohle – entschieden bahnt. Es geht um das Wissen über eine zu vermeidende Zukunft und um die Chancen einer besseren, klimagerechteren Zukunft. Darauf sollten die Regierungen, aber auch Unternehmen und Zivilgesellschaft, nun mit entschlossenem Handeln antworten. Dann kann Katowice zukünftig auch für einen klimapolitischen Meilenstein stehen.

Sven Harmeling

Klimapolitische Schachzüge beim Gipfel in Katowice

Antworten auf das letzte Aufbäumen der fossilen Industrien im Kampf gegen globalen Klimaschutz?



Nach dem Hitzesommer tagt der 24. Klimagipfel der Klimarahmenkonvention (COP 24) vom 2. bis 14. Dezember 2018 im polnischen Katowice. Möglicherweise schon kurz vor Erscheinen dieser Zeitung will die Kohle- und Strukturwandelkommission Vorschläge für Pfad und Datum des deutschen Kohleausstiegs vorlegen. Das Ergebnis wird also direkten Einzug in die klimapolitischen Gespräche der COP 24 erhalten. Nachdem die Bundesregierung angekündigt hat, das Klimaziel für 2020 zu verfehlen, schaut die internationale Gemeinschaft besonders aufmerksam auf unsere Klima- und Energiepolitik. Kriegt Deutschland noch die Kurve und katapultiert sich aus dem klimapolitischen Abseits heraus?

Ein zeitnahe Kohleausstieg, die Unterstützung für nachgebesserte EU-Klimaziele und ausreichend finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer sind die Prüfsteine dafür. Unmöglich scheint dies zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels noch nicht. Und genau das wäre notwendig. Denn der im Oktober dieses Jahres

verabschiedete Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) zu 1,5 Grad globaler Erwärmung hat sich mit einer deutlichen Botschaft an die Welt gewandt: Zwar sind wir bislang längst nicht auf dem Pfad, aber bei sofortigem und drastischem Klimaschutz ist das 1,5 °C-Limit noch einzuhalten! Der IPCC stellt in seinem Bericht fest, dass die weltweiten CO₂-Emissionen dazu bis zum Jahr 2030 gegenüber 2010 um 45 Prozent sinken und bis 2050 netto Null erreichen müssen.

Am Scheideweg: gelingt die Transformation?

Aber nicht nur Deutschland, sondern alle Länder mit hohen Emissionen stehen vor einem Scheideweg zwischen fossiler Energienutzung und Klimaschutz. So weiter wie bisher geht es auf jeden Fall nicht. Die heutige junge Generation wird entweder bis Mitte des Jahrhunderts den Abschied von Kohle, Öl und fossilem Gas erleben, auf denen das Industriezeitalter aufgebaut war. Dies würde dann für etwa zehn Mil-

liarden Menschen auf dem Planeten ein völlig anderes Energie-, Verkehrs-, Gebäude-, Industrie- und Landwirtschaftssystem bedeuten. Es lässt sich, wie die internationale Energieagentur gerade gezeigt hat, bestens mit der Umsetzung der sozialen und ökologischen globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) verbinden.

Oder aber die Menschheit schafft die notwendige Transformation nicht. Dies kommt einer Aufkündigung des Gesellschaftsvertrages mit den kommenden Generationen gleich. Das Klima entwickelt sich weiter rasend schnell aus dem klimatisch paradiesisch stabilen Erdzeitalter Holozän heraus, in dem alle menschlichen Hochkulturen entstanden: Ein Großexperiment mit Mensch und ökologischer Mitwelt – mit ungewissem Ausgang (siehe Kommentar S. 5).

Fossile Energien: ein letztes Aufbäumen

Angesichts der zukunftsweisenden Entscheidung der Staatengemeinschaft für die notwendige Transformation im Pariser Klimaabkommen organisiert sich wirkmächtig Widerstand: das letzte Aufbäumen der fossilen Lobby. Der 2016 gewählte US-Präsident Donald Trump, dessen Wahlkampf maßgeblich von Akteuren der fossilen Industrie finanziert worden war, setzt darauf: kurzfristige Profite der Kohle-, Fracking- und Autoindustrie. Ein weiterer Anstieg der globalen Emissionen würde die Aufkündigung des Generationenvertrages der Moderne bedeuten – die gemeinsame Orientierung am Ziel eines Lebens in Würde für alle.

Für hunderte Millionen Menschen weltweit würde dieses Szenario den Verlust der Lebensmöglichkeiten an den Küsten und in den warmen Regionen weltweit noch in diesem Jahrhundert zumindest billigend in Kauf nehmen. Und die US-Regierung versucht, Allianzen für diesen Kurs zu schmieden. Saudi-Arabien

ist trotz der großen Vorhaben zum Ausbau der Solarenergie im eigenen Land aus geopolitischen Gründen im Rahmen der Staatengruppe G 20 schon dabei einzusteigen. Russland, das maßgeblich von Gas- und Ölexporten lebt, wackelt. Und in Brasilien ist gerade ein rechts-extremer Präsident gewählt worden, der große Teile des Amazonas-Regenwaldes zur Ausbeutung freigeben will.

In Australien und Kanada toben heftige Konflikte um die Zukunft der fossilen Energien. In Deutschland markieren das Ringen um den Hambacher Wald, um den Kohleausstieg in der Kohle- und Strukturwandelkommission, um die bislang vertrödelte Organisation des Ausstiegs aus Benzin- und Dieselaautos sowie des Umstiegs zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft diesen Konflikt.

Allianzen und Initiativen: handeln und Druck aufbauen

Wer mit wachem Verstand die notwendige Transformation vorantreiben will, sieht, dass jetzt die Zeit von kritisch-gemütlich vorbei ist. Ernsthaftes Engagement ist notwendig. Die technisch-ökonomische Dynamik für Erneuerbare Energien, für wichtige Effizienztechnologien wie LEDs oder Passivhausfenster und Elektromobilität ermöglicht schnelles Handeln – aber Technik alleine reicht nicht. Wir sehen eine Gruppe der verletzlichsten Staaten (Climate Vulnerable Forum), die mit eigenen Klimaschutz- und Anpassungsankündigungen sowie mit politischen Forderungen an die anderen Staaten politisch Druck machen. Eine wachsende Zahl von Staaten verkünden in der „Powering Past Coal Alliance“ einen Ausstieg aus der Kohle bis spätestens 2030. Initiativen wie die „International Solar Alliance“ bahnen den Weg zu einem erneuerbaren Zeitalter. Immer mehr Staaten in Europa, Asien, Lateinamerika kündigen konkrete Zeitpläne für den

Abschied vom fossilen Verbrennungsmotor für Autos, immer mehr Städte weltweit – gerade auch in den USA – ambitionierte Klimaziele und -programme an. Auch gibt es in immer mehr Staaten der Welt einen CO₂-Preis, wenn auch noch nicht auf dem erforderlichen Niveau. Ein investitionsrelevanter CO₂-Preis wird zum Gradmesser für die Ernsthaftigkeit der Transformationsziele.

Finanzströme: klimakompatible Umlenken hat begonnen

Wichtige Emittenten wie China (allerdings bisher nur bei Investitionen im eigenen Land), Indien und eine Reihe von EU-Ländern zeigen zumindest ansatzweise, dass sie Ernst machen wollen mit der Transformation. Und auch bei einem weiteren Ziel des Pariser Abkommens gibt es Fortschritte: die Finanzströme sollen so umgeleitet werden, dass dies mit den Klima- und Anpassungszielen von Paris vereinbar ist. China hat entsprechende Gesetze umgesetzt, Frankreich ebenso. Die EU will dies bis Mitte nächsten Jahres vorantreiben. Auch die Weltbank und andere multilaterale Entwicklungsbanken zeigen ernsthaftere Bemühungen als bisher, ihre Investitionen umzulenken. Eine Investitionsagenda vereint bereits 400 GroßinvestorInnen weltweit, die zunehmend Konsequenzen aus der Tragödie des kurzfristigen Horizontes ziehen wollen und ihre Investitionen umschichten.

Katowice ist eine wichtige Station für die notwendigen Entscheidungen und Dynamiken am Scheideweg. Die Länder müssen Schritte gehen, um die beschlossenen Ziele zu ermöglichen: Klimaschutzziele und Finanzierung nachbessern, Kooperation ermöglichen und robuste Regeln für die Umsetzung des Pariser Abkommens festlegen.

Rixa Schwarz & Christoph Bals

Stärkere Ziele für den Klimaschutz – Vorreiter in Sicht?

Weltklimarat drängt auf sofortigen und drastischen Klimaschutz aller Länder

Der Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) zu 1,5 °C globaler Erwärmung hat eine eindeutige Botschaft: Bei drastischer Nachbesserung im globalen Klimaschutz ist die Großgefahrsschwelle von 1,5 Grad Celsius gerade noch einzuhalten. Die weltweiten CO₂-Emissionen müssen dazu bis 2030 gegenüber 2010 um 45 Prozent sinken und 2050 netto Null erreichen. Wenn hingegen die bisherigen

nationalen Klimaziele der emissionsstarken Staaten – Deutschland gehört dazu – für 2030 nicht deutlich nachgebessert werden, wird es unmöglich, die globale Erwärmung noch unter 1,5 Grad Celsius zu halten.

Beim Klimagipfel in Katowice können die Staaten demonstrieren, dass sie den Alarmruf des Weltklimarates verstanden haben: Alle Län-

der müssen sich im Klimaschutz mehr anstrengen – ab sofort. Internationale Vereinbarungen zur Unterstützung der ärmeren Länder durch die reicheren müssen dies erleichtern. Zunächst müssen die Industriestaaten zeigen, dass sie noch vor 2020 bereit sind, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu erhöhen. Nach dem sorgfältig ausbalancierten Kompromiss von Paris sollen alle Staaten zum globalen Klimaschutz beitra-

gen, aber die Industrieländer, die historisch am meisten Treibhausgase freigesetzt haben und über das meiste Geld verfügen, sollen vorangehen. Die Augen der Weltöffentlichkeit werden sich hier auch auf Bundesumweltministerin Svenja Schulze richten, die erläutern muss, wie Deutschland sein 2020-Klimaziel möglichst bald erreichen will. Die Zwischenergebnisse der sogenannten Kohlekommission sollten bis dahin vorliegen.

Die ärmsten und verletzlichsten Länder sind mittlerweile auch beim Klimaschutz Vorreiter und Antreiber. Beim ersten virtuellen Klimatreffen der Welt am 22. November haben Mitgliedsstaaten des „Climate Vulnerable Forum“ wie die Marshallinseln oder Fidschi angekündigt, ihre Klimaziele zu erhöhen. Jetzt

richten sich alle Augen auf die großen Emittenten: Nachdem die EU in den vergangenen Monaten ihre Ziele für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz für 2030 erhöht hat, wird erwartet, dass sie in Katowice zumindest ankündigt, vor 2020 ihre Klima- und Finanzierungsziele für 2030 zu steigern. Dies ist nach der Ankündigung der US-Regierung, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen, umso wichtiger.

Der mit Abstand größte Emittent der Welt, China, scheint früher als in Paris versprochen (2030) den Höhepunkt seiner Emissionen zu erreichen; sein Ziel für Solarenergie hat das Land schon deutlich übererfüllt. Auch Indien hat die in Paris angekündigte Zielmarke für Erneuerbare Energien angehoben. Ob diese

Schlüsselländer für den globalen Klimaschutz aber bereit sind, solche nationalen Fortschritte auch in international überprüfbare höhere Ziele festzuschreiben, ist fraglich – vor allem so lange die EU sich bedeckt hält.

In Katowice muss eine grundsätzliche Einigung gelingen, dass alle Länder ihre 2030-Ziele nachschärfen werden. Der UN-Generalsekretär António Guterres hat für September 2019 Staats- und Regierungschefs zu einem Klimagipfel nach New York eingeladen, wo die verbesserten Ziele dann verkündet werden können. Spätestens Anfang 2020 müssen alle Staaten aktualisierte 2030-Ziele einreichen.

Lutz Weischer & Christoph Bals

Was steht in Katowice auf der Agenda?

Mit einem Paket aus drei Beschlüssen wird der Klimagipfel COP 24 ein Erfolg

1. Klimaziele nachbessern

Die bislang von den Ländern vorgelegten Klimaziele reichen noch nicht aus, um das Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, die globale Erwärmung auf „deutlich unter 2 °C“, besser noch 1,5 °C, zu begrenzen. Der diesjährige sog. Talanoa-Dialog soll die Länder durch internationalen Austausch animieren und inspirieren, ihre nationalen Klimapläne nachzubessern. Es geht darum, Ziele zu erhöhen, neben Energie auch Sektoren wie Landwirtschaft und Verkehr einzubeziehen und Maßnahmenkataloge zur Umsetzung dieser Ziele zu erarbeiten. Hierzu sollen sich in Katowice möglichst viele Industrie- und Schwellenländer entschließen, bevor ab 2020 die erste Umsetzungsperiode des Pariser Abkommens beginnt. Aber gerade von Industrieländern wie Deutschland wird erwartet, im Klimaschutz auch schon vor 2020 zuzulegen.

2. Verlässliche Klimafinanzierung

Als zweites bedarf es in Katowice Fortschritten bei der Finanzierungsstrategie für Entwicklungsländer. Für die Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern müssen Industrieländer – wie in Paris zugesagt – deutlich mehr Klimafinanzierung zur Verfügung stellen als bisher. Die deutsche Bundeskanzlerin hat eine Verdoppelung der internationalen Klimafinanzierung bis 2020 zugesagt. Nun müssen Taten folgen! Auch die Gelder für den Grünen Klimafonds müssen 2019 verdoppelt werden. Eine entsprechende Ankündigung von wichtigen Geberländern wie

Deutschland und Frankreich in Katowice würde die internationale Dynamik sehr befördern. Dann könnte auch mit Ländern wie China über eine angemessene Beteiligung an der internationalen Klimafinanzierung verhandelt werden.

3. Starke Regeln

Technisch wird es beim sogenannten Regelbuch, den Umsetzungsregeln des 2015 beschlossenen Pariser Klimaabkommens. Diese sollen dafür sorgen, dass das Pariser Klimaabkommen ab 2020 mit der notwendigen Ambition und Transparenz umgesetzt werden

kann. Es braucht klare und belastbare Regeln bspw. für das Einreichen der nationalen Klimapläne, für die Messbarkeit und internationale Vergleichbarkeit sowohl der Maßnahmen als auch der Finanzierung. Alle fünf Jahre sollte der globale Fortschritt in Bezug auf die Pariser Ziele für Klimaschutz, Resilienz und die entsprechende Umschichtung der Finanzströme überprüft werden.

Rixa Schwarz & Christoph Bals

Mehr Infos: www.germanwatch.org/de/cop24



Fossile Energien sind bald reif fürs Museum, so wie dieser Bergbau-Museumsturm in Katowice.

„Das ist nicht der Moment für Selbstgefälligkeit“

Interview mit Renato Redentor Constantino, Geschäftsführer des Institute for Climate and Sustainable Cities, Philippinen, zum IPCC-Sonderbericht zu 1,5 °C

Der Sonderbericht des Weltklimarates IPCC erklärt, dass es noch immer möglich ist, die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen. Sind das gute Nachrichten?

Der Bericht des IPCC vermittelt, welche gravierenden Risiken zu erwarten sind, sollte mit den Klimazielen von Paris gebrochen werden. Er betont damit die Schwere der Klimakrise. Dennoch erinnert uns der Bericht in einfühlsamer Weise auch daran, wie es möglich ist, die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen. Er zeigt, wie es so auch der Wirtschaft möglich ist, inmitten der eintretenden Veränderungen ihre Funktionsfähigkeit aufrecht zu erhalten.

Der Bericht zeigt, dass ALLE staatlichen und nicht-staatlichen Akteure mit einem größeren Bewusstsein für die Dringlichkeit handeln müssen. Wir müssen den Elektrizitätssektor bis 2050 weltweit dekarbonisieren, schnell unseren Energieverbrauch reduzieren und umgehend die bereits angelaufene Energiewende beschleunigen.

Die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, fordert neben der Transformation des Energiesektors auch die der Landnutzung und Stadtentwicklung. Außerdem bedarf es einer strategischen Neuausrichtung von Infrastrukturprogrammen, insbesondere in den Bereichen Transport und Bauwesen. Wir sprechen dabei von Systemveränderungen, Transformationen, die es in dieser Größenordnung wohl noch nicht gegeben hat und die einen wesentlichen Anstieg von Investitionen notwendig machen.

Was bedeutet eine globale Erwärmung von 1,5 °C im Vergleich zu einer Erwärmung von 2 °C und mehr für die am stärksten gefährdeten Länder? Was heißt dies konkret für die Philippinen?



Foto: IPCC

Die Philippinen vertreten bereits seit Jahren den Standpunkt, dass das obere Limit der Erwärmung 1,5 °C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau nicht übersteigen soll. Denn diese Grenze zu ignorieren, würde den Kampf gegen Armut weit zurückzuwerfen, was wiederum eine beängstigende Kaskade von Vertreibung und Konflikten in Gang setzen würde. Bedroht sind Ökosysteme, Arbeitsplätze, Ernährungssicherheit und Siedlungen an Küsten, unseren Lebensgrundlagen und der Wirtschaft droht der langfristige Ruin. Alles zählt – jedes Zehntel Grad vermiedener Erwärmung. Das ist nicht der Moment für Selbstgefälligkeit.

Der IPCC-Bericht betont die Vorzüge von Klimaschutz und -anpassung für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Haben Sie konkrete Beispiele dafür?

Die dramatischen Auswirkungen in den am meisten vom Klimawandel betroffenen Ländern treffen besonders die verletzlichsten Menschen. Auf den Philippinen erwarten wir die schlimmsten Konsequenzen durch den Meeresspiegelanstieg, ein geringes Wirtschaftswachstum, die Gefährdung der Ernährungssicherheit und den Verlust an Biodiversität.

Eine Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 °C kann also auch substanziell zu nachhaltiger Entwicklung beitragen – dazu gehören Armutsminderung, eine verbesserte Gesundheit und der Zugang zu sauberer Energie.

Klimaschutzmaßnahmen, die mit dem 1,5 °C-Limit im Einklang stehen, zeigen viele Synergien, aber auch Konflikte mit den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) auf. Die möglichen Synergien überwiegen zwar, aber es kommt wesentlich auf einen frühen Start, Geschwindigkeit, Umfang und Ausführung der Maßnahmen an.

Was ist die Reaktion der am stärksten gefährdeten Länder auf den Bericht?

Sie lässt sich beschreiben als Gemisch aus unbeugsamer Entschlossenheit, wachsender Sorge und dem wichtigsten Element: Hoffnung.

Welche Schritte sind jetzt gefragt – gerade von Industrieländern wie Deutschland und der EU?

Es ist Zeit, die Scheinheiligkeit hinter uns zu lassen. Industrieländer wie Deutschland müssen ihre Emissionen mit äußerster Dringlichkeit reduzieren – weitaus früher und mit viel anspruchsvolleren Zielen. Die deutsche Regierung kann nicht mit dem Finger auf philippinische, brasilianische oder mosambikanische Pläne für mehr fossile Brennstoffe zeigen, während sie selbst sich nicht entscheiden dagegen einsetzt, den Hambacher Wald zu roden und genau die Kohle aus dem Boden zu holen, die für so viel Leid mitverantwortlich ist. Es ist Zeit, aus dem herrschenden Regime der fossilen Energien auszusteigen und sich ernsthaft der globalen Bewegung für eine bessere Welt anzuschließen. Länder wie die Philippinen können das nicht alleine stemmen. Und doch sind wir entschlossen, noch mehr zu tun, wenn unsere Umsetzungsmöglichkeiten durch schnellere Klimafinanzierung und andere Instrumente gefördert werden.

*Interview: Lutz Weischer
Übersetzung: Paul Wunderlich*

Das Großexperiment hat begonnen

Ein Kommentar von Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch

1987 habe ich mich entschieden, schwerpunktmäßig zum Thema „Globaler Klimawandel“ zu arbeiten. Maßgeblich für diesen Entschluss war ein Diagramm, das die Temperaturentwicklung der letzten 100.000 Jahre zeigte. In dieser Zeit gab es große Temperaturschwankungen, alle nach unten – die diversen Eiszeiten –, aber keinen Temperatursprung nach oben über das heutige Niveau hinaus.



Eine erste große Studie hat vor wenigen Wochen nun argumentiert: Das Experiment hat begonnen. Ab jetzt bewegen wir uns oberhalb der Temperaturschwankungen des Holozäns (siehe Grafik). Und die Wissenschaftler_innen des jüngsten Sonderberichts des Weltklimarates IPCC drängen massiv darauf, den globalen Temperaturanstieg auf nicht mehr als 1,5 °C zu beschränken – und

so das Risiko ganz massiver Veränderungen einzuschränken. Ab jetzt gilt es wie nie zuvor, um jedes Zehntelgrad an vermiedener Temperaturerhöhung zu kämpfen. Es wird immer offensichtlicher: Diese Generation entscheidet,

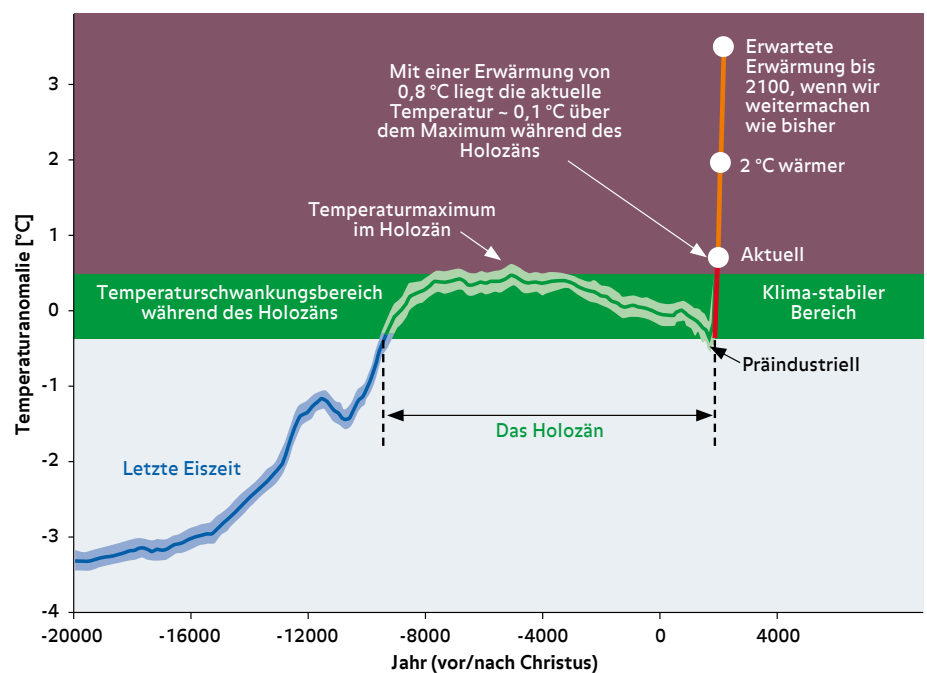
ob der Generationsvertrag mit den künftigen Generationen aufgekündigt wird, der diesen ein Leben in Würde sichern soll.

Wir als Team von Germanwatch setzen auf die notwendige Kooperation mit Ihnen allen, mit der Zivilgesellschaft, mit Wissenschaft und Religionen, mit Jurist_innen, mit Gewerkschaften und Unternehmen, mit Techniker_innen und mit Finanzmarktakteuren, um die Chancen der vor uns liegenden Transformation zu nutzen und die Risiken so weit wie möglich zu verringern. Und wir danken allen, die sich im Alltag oder politisch, im Beruf oder im gesellschaftlichen Engagement für die notwendige faire Transformation einsetzen.

Das rechts abgebildete Diagramm zeigt „nur“ die letzten 22.000 Jahre. Denn nach dem Temperaturanstieg aus der letzten Eiszeit (blau) begann dann vor etwa 11.000 Jahren ein ganz besonderes Erdzeitalter mit einem paradiesisch stabilen Klima. Wegen seiner gleichförmigen Temperatur wird es Holozän genannt. Zu Beginn dieses Zeitalters, in der Jungsteinzeit, spielte sich dann eine Revolution im Verhalten des Menschen ab – erste Formen von Ackerbau und Viehzucht wurden neben dem Sammeln und Jagen als Existenzgrundlage etabliert. Alle menschlichen Hochkulturen entstanden in diesem Zeitraum eines stabilen Klimas. Nun aber steigen durch das Nutzen von Kohle, Öl und Gas die Treibhausgaskonzentrationen – und seit dem 20. Jahrhundert auch die globale Durchschnittstemperatur – massiv an.

Oberhalb des Temperaturschwankungsbereichs des Holozäns beginnt ein Riesenexperiment mit den Menschen und der ökologischen Mitwelt: Hier hat der Mensch keine Erfahrung, was auf ihn zukommt. Was wir aber wissen, ist Anlass zur Besorgnis: Bei einem Temperaturanstieg oberhalb dieses Schwankungsbereiches wird das Überschreiten dieses Kipp-Punktes immer wahrscheinlicher. Gewaltige Ökosysteme könnten sich (nach menschlichem Zeithorizont) irreversibel ändern. Es könnten sogar Kettenreaktionen einer sich selbst verstärkenden Klimakrise ausgelöst werden.

Die globale Temperatur verlässt den klima-stabilen Bereich des Holozäns



Rekonstruierte Temperatur nach Shakun et al. (blau) und Marcott et al. (grün), kombiniert mit den Messdaten von HadCRUT4 (rot) und den modellierten durchschnittlichen IPCC-Projektionen für das A1B-Szenario bis 2100 (orange).

Diagramm von Jos Hagelaars, angepasst durch David Spratt, aus dem Jahr 2014;
Übersetzung aus dem Englischen durch Germanwatch

AKTION



Tempo machen beim Kohleausstieg!

Im Dezember geht es gleich doppelt ums Klima: Beim Weltklimagipfel in Polen und in der Kohle-Kommission in Berlin. Während die Welt über die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens verhandelt, entscheidet sich in Berlin, ob Deutschland seine Versprechen wahr macht – und schnell aus der Kohle aussteigt.

Die Zeit drängt: Das hat uns der Hitzesommer 2018 erneut bewusst gemacht.

Doch die Große Koalition versagt beim Klimaschutz: Das Klimaschutzziel 2020? Aufgegeben. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien? Ausgebremst. Der Ausstieg aus der Kohle? Aufgeschoben.

Das wollen und werden wir ändern. Zusammen mit vielen tausend Menschen. Am 1. Dezember in Köln, vor den Toren des größten Braunkohlereviere Europas, und in Berlin, vor der Haustür der Bundesregierung. Wir fordern:

Kohle stoppen – Klimaschutz jetzt!

Machen Sie mit! Am 1. Dezember heißt es: Auf zur großen Klima-Doppel-Demo!

www.klima-kohle-demo.de

Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen trägt die Demonstrationen „Kohle stoppen – Klimaschutz jetzt!“, Germanwatch ist im Trägerkreis der Demos.

Billionen umlenken, um den Klimawandel zu bewältigen

Die Vermeidung eines Klimawandels mit unbewältigbaren Folgen und die Bewältigung der bereits jetzt nicht mehr vermeidbaren Folgen kosten Geld. Das ist gut investiert, denn es vermeidet viel höhere Folgekosten und schafft neue wirtschaftliche Chancen. Insbesondere die ärmsten Länder brauchen für diese Investitionen aber die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Die Industrieländer haben 2009 beim Klimagipfel in Kopenhagen zugesagt, Finanzmittel dafür aus öffentlichen und privaten Quellen zu mobilisieren, die

ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar erreichen sollen. Nur mit verlässlicher internationaler Klimafinanzierung kann das Pariser Klimaabkommen zum Erfolg werden, denn sie war wichtiger Teil der Einigung: Erstmals verpflichten sich auch Entwicklungsländer international zu Klimaschutzmaßnahmen – im Gegenzug erhalten sie die Zusicherung, dass die Industrieländer die dafür notwendige technologische und finanzielle Unterstützung organisieren. Durch den angekündigten Ausstieg der USA aus dem Abkommen wächst aber die

Unsicherheit, dass die Finanzierungszusagen eingehalten werden.

Der Grüne Klimafonds ist der wichtigste multilaterale Fonds für die Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern. Die US-Regierung hatte ursprünglich 3 Milliarden US-Dollar zugesagt, von denen 2 Milliarden fehlen, da Donald Trump jegliche Unterstützung aufgekündigt hat. Dennoch und trotz einiger Startschwierigkeiten ist der Fonds eine Erfolgsgeschichte: Seit 2015 hat er

93 Projekte im Gesamtwert von 4,6 Milliarden US-Dollar bewilligt – für transformativen Klimaschutz und Resilienz. Doch nun braucht der Fonds frisches Geld. Die Industrieländer, die weiterhin zum Pariser Abkommen stehen, müssen jetzt zeigen, dass die von den USA gerissene Lücke geschlossen werden kann. Auch Deutschland sollte in Katowice signalisieren, dass es bei einer ambitionierten Wiederauffüllung dabei wäre und seinen Beitrag gegenüber der Erstauffüllung auf 1,5 Milliarden Euro verdoppeln würde.

Neben dem Grünen Klimafonds spielen weitere spezialisierte Fonds eine Rolle. Beim Anpassungsfonds oder dem Fonds für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC Fund) können verhältnismäßig kleine Beiträge einen großen Unterschied machen und werden zur COP 24 erwartet. Der Klimagipfel muss außerdem Beschlüsse fassen, um den Anpassungsfonds, der unter dem Kyoto-Protokoll gegründet wurde, in das Pariser Abkommen zu integrieren.

Beim Klimagipfel sollen auch Regeln vereinbart werden, die besser definieren, was als Klimafinanzierung gilt, und zweifelhaft

te Anrechnungstricks ausschließen. Schon in Paris wurde im Grundsatz vereinbart, dass Industrieländer einerseits in einer Vorausschau angeben, wieviel Klimafinanzierung sie in den kommenden Jahren planen, zur Verfügung zu stellen, und andererseits im Nachhinein nach einheitlichen Regeln darüber berichten, was tatsächlich geflossen ist. Konkrete Umsetzungsregeln würden künftigen Streit darüber, was zählt und ob die 100 Milliarden US-Dollar erreicht wurden, entschärfen. Vor allem aber wäre es ein entscheidender Schritt zu mehr Verlässlichkeit – und würde ambitionierte Klimapolitik in vielen Entwicklungsländern ermöglichen.

Die klassische internationale Klimafinanzierung – aus öffentlichen Haushalten der Industrieländer für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern – ist von zentraler Bedeutung. Aber für die Finanzierung des notwendigen Umbaus der Volkswirtschaften weltweit müssen auch andere Finanzflüsse in den Blick genommen werden. Der Artikel 2.1c des Paris-Abkommens formuliert die Verpflichtung, alle Finanzflüsse klimagerecht auszurichten. Hier geht es um das Umlenken von mehreren Billionen. Beispielsweise sollten sich

alle zukünftigen Investitionen in Infrastruktur sowohl von öffentlichen Entwicklungsbanken wie von privaten Investoren an den Zielen des Pariser Abkommens ausrichten. Die Staaten müssen entsprechende Anreize setzen und endlich aufhören, fossile Brennstoffe zu subventionieren.

Die Umsetzung des Artikels 2.1c ist eine Aufgabe für jedes Land, auch für Deutschland. Das Klimaschutzgesetz, das die Bundesregierung 2019 verabschieden will, muss Maßnahmen enthalten, die Finanzströme in eine klimafreundliche Richtung lenken. Geldanlagen der öffentlichen Hand und die Investitionen öffentlicher Banken haben eine Vorbildwirkung und sollten strengen Klimakriterien genügen. Unternehmen und Investoren sollten verpflichtet werden, Klimarisiken offenzulegen. Das bedeutet zum Beispiel, dass sie in einem Klimastresstest zeigen müssten, was die Umsetzung des Ausstiegs aus Kohle, Öl und Gas bis 2050 und ein höherer CO₂-Preis, der sich an den Anforderungen des Pariser Klimaabkommens orientiert, für ihr Geschäftsmodell bedeuten.

Lutz Weischer

Der People's Climate Case: Das Recht auf Klimaschutz



Vom Klimawandel Betroffene klagen erstmals vor dem Gericht der Europäischen Union (EuG) den Schutz ihrer Grundrechte ein und nehmen die Europäische Union damit für verschärfte Klimaziele in die Pflicht.

Familien aus Ländern Europas, aber auch aus Kenia und Fidschi sowie ein samischer Jugendverband aus Schweden haben Ende Mai Klage eingereicht. Sie fordern eine ambitioniertere Klimapolitik, die ihre von der EU garantierten Grundrechte schützt und den im Paris-Abkommen eingegangenen Verpflichtungen gerecht wird. Die KlägerInnen des sogenannten People's Climate Case repräsentieren unterschiedliche Brennpunkte der globalen Klimakrise und spüren bereits jetzt die Auswirkungen:

- Klägerfamilien aus Südfrankreich, Portugal und Kenia sehen sich durch klimawandelbedingte Hitzewellen und Dürreperioden bis hin zu Waldbränden sowie Desertifikation an Leib und Leben gefährdet und in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht.

- Bei einigen KlägerInnen sind Eigentum und berufliches Fortkommen durch Meeresspiegelanstieg und verstärkte Sturmflutgefahr

betroffen. Dies gilt für die Familie aus Fidschi, aber auch für die deutsche Familie aus Langeoog. ►

Klimawandel auch in Deutschland: Die Langeooger Klägerfamilie Recktenwald

Maike und Michael Recktenwald spüren bereits jetzt die Auswirkungen des Klimawandels:

Durch den Anstieg des Meeresspiegels, Sturmfluten und die daraus resultierende Erosion der Dünen ist nicht nur der Familienbetrieb, der in unmittelbarer Nähe zur Küste liegt, gefährdet, sondern auch die Trinkwasserversorgung der Insel Langeoog. So könnte durch den steigenden Meeresspiegel Salzwasser in die einzige Trinkwasserquelle, die Süßwasserlinse der Insel, eindringen und diese unbrauchbar machen.

„Die Kraft liegt in der Gemeinschaft – das ist das, was man jetzt nach Klageeinreichung merkt am Feedback der Leute. Dass



wir von Freunden, Bekannten, wildfremden Menschen Zuspruch erhalten. Das ist das Schöne – wir sind nicht alleine“, freut sich Maike Recktenwald.

- Die KlägerInnen aus den italienischen Alpen sind durch den Rückzug von Eis und Schnee sowie die veränderte Temperatur- und Niederschlagsentwicklung in ihrem beruflichen Fortkommen als LandwirtInnen beeinträchtigt.
- Die rumänische Klägerfamilie fürchtet durch höhere Temperaturen und Wassermangel um ihre Existenz in der Landwirtschaft.
- Die Jugendorganisation der Samen in Schweden beobachtet seit geraumer Zeit die nachteiligen Auswirkungen wärmerer Winter und Sommer auf die traditionelle Rentierhaltung und bangt um ihr kulturelles Erbe.

Die KlägerInnen werden von einem breiten Netzwerk von Umweltverbänden wie Germanwatch, AnwältInnen (darunter der Bremer Professor Dr. Gerd Winter und Rechtsanwältin Dr. Roda Verheyen aus Hamburg) und WissenschaftlerInnen unterstützt. Finanziell und ideell wird die Klage von *Protect the Planet* getragen. Die Klage soll die EU als einen Ort stärken, an dem zentrale Werte und Rechte gelebt, gewahrt und durchgesetzt werden können.

Nach Klageeinreichung liegt nun die Stellungnahme von Europäischem Parlament und Rat vor. Sollte es zu einer mündlichen Verhandlung kommen, dann frühestens im Frühjahr 2019.

Die Klage erfährt durch den jüngsten klimapolitischen Aufbruch auf europäischer Ebene – der Forderung des Europäischen Parlaments nach einer Klimazielschärfung von derzeit 40 auf 55 Prozent bis 2030 – Rückenwind.

Caterina Freytag & Hanna Fuhrmann

Weitere Informationen zur EU-Klimaklage, den juristischen und politischen Hintergründen sowie Informationen, wie die KlägerInnen unterstützt werden können unter: www.peoplesclimatecase.de

Klimawandel als Verstärker von Migration und Vertreibung

Individuelle Migrationsentscheidungen sind meist nicht auf eine einzelne Ursache zurückzuführen. Dennoch spielen die Auswirkungen des Klimawandels dabei immer häufiger eine bedeutende Rolle. Oft sind sie der letzte Auslöser, der Menschen dazu bringt oder zwingt, ihre Heimat zu verlassen. Zu der steigenden Anzahl an Extremwetterereignissen wie Stürmen, Starkniederschlägen und Überflutungen kommen langsam fortschreitende klimabedingte Probleme wie Meeresspiegelanstieg, Gletscherschmelze, Dürre und Verknappung der Frischwasserverfügbarkeit. Diese Ereignisse bedrohen die Existenzgrundlagen von immer mehr Menschen. Wo Anpassungsmaßnahmen nicht erfolgten oder nicht ausreichen, sehen sich Menschen gezwungen, ihre Herkunftsregionen temporär oder dauerhaft zu verlassen. Bislang erfolgen ca. 80 Prozent der Migration innerhalb der jeweiligen Länder (Binnenmigration). Meistens möchten die betroffenen Menschen ihre Heimat gar nicht verlassen oder ihnen fehlen die finanziellen Mittel.

Der Weltklimarat IPCC nennt Migrationsbewegungen seit langem als eine der gravierendsten Folgen des Klimawandels für den Menschen. Der jüngst erschienene IPCC-Sonderbericht zu 1,5 °C Grad zeigt zudem, dass die Auswirkungen für die Menschen in den betroffenen Regionen noch schwerwiegender sein könnten als bisher angenommen. Der Meeresspiegelanstieg beispielsweise wäre bei einer globalen Erwärmung von 2 °C bis 2100 zwar nur 10 cm höher als bei einer Erwärmung von 1,5 °C, würde in der Konsequenz aber bis zu 10 Millionen mehr Menschen den damit verbundenen Risiken aussetzen. Das ist nur eine der zahlreichen Erkenntnisse, die den IPCC dazu veranlassen haben, darauf zu drängen, eine glo-

bale Erwärmung über 1,5 °C zu verhindern. Das halbe Grad Celsius zwischen 1,5 und 2 °C würde z. B. die Risiken von Dürren, Überschwemmungen, extremer Hitze und somit die Armut für Hunderte von Millionen Menschen erheblich verschärfen. Effizientere Nothilfen, verbesserte Frühwarnsysteme und widerstandsfähiger Wiederaufbau sind bereits heute unerlässlich, um die Zahl der von Extremwettern Betroffenen und die existenzbedrohenden Folgen solcher Ereignisse zu begrenzen. Für viele Menschen würde das bedeuten, nicht migrieren zu müssen.

Die derzeitigen Ambitionen für den Klimaschutz gehen nicht ansatzweise weit genug: Mit ihren momentanen Anstrengungen steuern die Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention derzeit nicht auf einen Temperaturanstieg von 1,5 °C oder 2 °C zu, sondern sogar auf mehr als 3 °C. Dies würde viele Landstriche und ganze Länder unbewohnbar machen. Die Kippunkte für irreversibles Abschmelzen der Eiskappen in Grönland und der Westantarktis würden vermutlich überschritten – mit erheblichen Auswirkungen z. B. auf flachliegende Insel- und Küstenstaaten. Je großflächiger Verwüstungen sind, desto mehr Menschen müssen grenzüberschreitend migrieren. Dennoch gibt es für sie bislang keinen rechtlichen Status. Auf dem bevorstehenden 24. UN-Klimagipfel in Katowice sollten die Stimmen der hiervon potenziell besonders betroffenen Länder Gehör bekommen. Die Arbeitsgruppe zu Migration und Vertreibung wird unter dem Thema klimabedingte Schäden und Verluste bei der COP 24 Empfehlungen zum Umgang mit klimabedingter Migration vorlegen. Am 11. und 12. Dezember tagt parallel zu den Verhandlungen in Katowice der UN-Gipfel in Marrakesch, der den Globalen Pakt für sichere, geordnete und

reguläre Migration annehmen soll. Dieser Pakt verfolgt den Ansatz, alle Aspekte internationaler Migration zu berücksichtigen – so würde auch der Klimawandel als Ursache inbegriffen sein. Der wohl nicht international verbindliche Pakt wäre ein Schritt zum verbesserten Schutz von Migranten.

Roxana Baldrich & Rixa Schwarz

Warum ich Germanwatch wichtig finde ...



Manjeet Dhakal,
Leiter des Unterstützerteams für die Gruppe der ärmsten Länder der Erde (LDC) bei Climate Analytics

Nepal gehört zu den LDCs und ist wie viele dieser Länder extrem verwundbar durch Folgen des Klimawandels. Unser Land steht vor der Herausforderung, Klimaschutz sowie nachhaltige Entwicklung zu verbinden und gleichzeitig Armut zu bekämpfen. Dies erfordert strategische Kooperation und Unterstützung. Als Vertreter Nepals ist mir wichtig, dass auch arme Länder in den UN-Klimaverhandlungen gehört werden. Germanwatch arbeitet an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und unterstützt damit die Interessen der am stärksten gefährdeten Menschen – auch in LDCs.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- ☐ Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich).
www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen)
www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz.
www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- ☐ _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Hintergrundpapier: Erwartungen an die COP 24 in Katowice, Polen. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/16018
- ➔ Brown to Green Report 2018.
Nur Download. www.germanwatch.org/de/16006
- ➔ Positionspapier: Deutschland aus dem Klimaabseits holen. Nur Download. www.germanwatch.org/de/15976
- ☐ Studie: The future role of the Adaptation Fund in the international climate finance architecture. 5 Euro.
www.germanwatch.org/de/15936
- ☐ Studie: Phasing in Renewables. 8 Euro.
www.germanwatch.org/de/15679
- ☐ Hintergrundpapier: Chancen und Risiken der Blockchain für die Energiewende. 8 Euro.
www.germanwatch.org/de/15043
- ☐ Hintergrundpapier: Globale Klimakrise: Aufbruch in eine neue Zukunft. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/14231

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Name _____

Vorname _____

Evtl. Organisation/Firma _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org,
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.),
Daniela Baum, Christoph Bals, Gerold Kier.
Stand: November 2018.
Layout: Dietmar Putscher, Köln.
Auflage: ca. 100.000

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst sowie durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Termine

■ **Berlin und Köln, 01.12. 12:00 Uhr:** Klima-Kohle-Demo „Klimaschutz jetzt! Kohle stoppen!“, Germanwatch ist im Trägerkreis. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/16020

■ **Hamburg, 06.12. 19:30 Uhr:** Diskussion „Was haben digitale Technologien mit Nachhaltigkeit, Menschenrechten und neo-kolonialen Effekten zu tun?“, u. a. mit Johanna Sydow. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/15974

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- ☐ Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- ☐ Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
☐ monatlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich
den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht.
Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen.
Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr. _____

Geldinstitut _____

BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Name _____

Vorname _____

Straße / Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden
(Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.